**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
42. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
18.09.2019

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 18.09.2019

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2019
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 21.02.2019 aus öffentlicher Sitzung
3. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von Archivaufgaben
4. Nutzung des Kapitalertragsteuerverbundes
5. 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Nahversorgung Frelenberg - hier: Aufstellungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 118 - Nahversorgung Frelenberg - hier: Aufstellungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 122 - Mariental - gem. § 13 b BauGB hier: Aufstellungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 127 - Otto-von-Hubach-Straße - gem. § 13 b BauGB hier: Aufstellungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 130 - Breiller Höhe - gem. § 13 b BauGB hier: Aufstellungsbeschluss
10. Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft
11. Antrag der CDU-Fraktion vom 20.07.2019 gem. § 4 GeschO betr. dauerhafte Sicherstellung der wohnortnahen hausärztlichen Versorgung
12. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Förderprogramm "Dach-, Fassaden und Vorgartenbegrünung" und "Nutzung regenerativer Energien"
13. Erweiterungen zur Tagesordnung

- 13.1. Antrag gem. § 4 GeschO der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 23.08.2019 betr. Attraktivitätssteigerung des Freizeitangebotes für Jugendliche und junge Erwachsene der Stadt Übach-Palenberg
- 13.2. Antrag gem. § 4 GeschO der SPD-Fraktion vom 06.09.2019 betr. Übernahme der Schülerfahrkosten für Schülerinnen und Schüler nach § 6 SCHfkVO
- 13.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2019 gem. § 4 GeschO betr. Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg
14. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
15. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

B) Nichtöffentliche Sitzung

16. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 21.02.2019 aus nichtöffentlicher Sitzung
17. Erweiterung der Erschließung des Pappelweges im Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes (VEP) Nr. 5 Weidenstraße
18. Verlängerung des Vertrages für die Betreuung der Unterkünfte der Asylbewerber 2020
19. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Erhöhung der Beteiligung der NEW Smart City GmbH an der eShare.one GmbH
20. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Erwerb eines Tiefbauunternehmens durch die NEW AG
21. Erweiterungen zur Tagesordnung
22. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen		
Herr Wolfgang Bien	UWG		
Herr Sven Bildhauer	SPD		
Herr Tim Böven	SPD		
Herr Bernhard Brade	CDU		
Frau Claudia Burghardt	SPD		
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU	bis Ende TOP 10	
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD		
Herr Herbert Fibus	SPD		
Herr Josef Fröschen	CDU		

Herr Peter Fröschen	CDU
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD
Herr Walter Junker	CDU
Herr Lars Kohnen	CDU
Herr Rene Langa	CDU
Herr Dietmar Lux	CDU
Herr Johannes Nievelstein	CDU
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Heinrich Schmalen	SPD
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Artur Wörthmann	CDU

Abwesende Stadtverordnete

Herr Robert Kohnen	CDU
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen
Frau Stadtamtsrätin Maike Heinen
Herr Stadtamtman Thomas de Jong
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren
Herr Stadtinspektoranwalt Philipp Busch
Frau Anne Kohnen Rechtspraktikantin

Schriftführerin

Frau Stadtamtsfrau Jutta Gündling

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse und die Zuschauer.

Bürgermeister Jungnitsch verwies auf die vorgeschlagenen Erweiterungen der Tagesordnung und schlug weiterhin vor, den nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 18 „Verlängerung des Vertrages für die Betreuung der Unterkünfte der Asylbewerber 2020“ im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung vorzuziehen, da die Verwaltung aufgrund der Rückfragen in

den vorberatenden Gremien Herrn Andreas Wagner und Frau Petra Bernhardt von der AWO Service gGmbH eingeladen habe. Anschließend ließ er über beides abstimmen:

Beschluss:

1. Die Tagesordnung wird um Punkt 13.3 „Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2019 gem. § 4 GeschO betr. Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg“ erweitert.
2. Der Tagesordnungspunkt 18 „Verlängerung des Vertrages für die Betreuung der Unterkünfte der Asylbewerber 2020“ wird als erster Punkt im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO bei Nr. 1 nicht an der Abstimmung.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2019

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 11.07.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 21.02.2019 aus öffentlicher Sitzung

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** erklärte **Bürgermeister Jungnitsch**, dass aufgrund der Bedenken und Sorgen der Anwohner zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41- Thornstraße - Gespräche geführt worden seien. Die Verwaltung sei zuversichtlich, dass sie die Bedenken aus dem Weg räumen konnte und den Bedürfnissen der Anwohner entsprechend nachkommen könne.

Anschließend wurde der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 21.02.2019 aus öffentlicher Sitzung ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von Archivaufgaben**

Die **SPD-Fraktion** verwies auf ihre Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss und erklärte, dass die Fraktion geteilter Meinung sei und dementsprechend auch abstimmen werde.

Insoweit erklärte **Stadtverordneter Dr. Derichs**, dass er die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ablehne, da er sie für nicht wirtschaftlich halte und kein positiver Bescheid für die einmalige Förderung vorliege.

Die **Verwaltung** stellte nochmals die Vorteile und Synergieeffekte der interkommunalen Zusammenarbeit im vorliegenden Fall heraus und erklärte, dass die jetzige Beschlussfassung des Rates im Hinblick auf die Beantragung der Förderung erforderlich sei.

Sowohl die **CDU-Fraktion** als auch die **UWG-Fraktion** begrüßten die vorliegende Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Herzogenrath vom 10.09.2019 wird beschlossen. (Die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

**23 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen**

4 **Nutzung des Kapitalertragsteuerverbundes**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg stimmt zu, dass sämtliche aktuell von der Stadt Übach-Palenberg gehaltenen Geschäftsanteile an der enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) i.H.v. 5,902 % sowie an der Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH (SWÜP) i.H.v. 74,90 % dem Betriebsvermögen des städtischen Eigenbetriebs „Ü-Bad“ zugeordnet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

5 **56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Nahversorgung Frelenberg - hier: Aufstellungsbeschluss**

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 56. Änderung des Flächennutzungsplanes – Nahversorgung Frelenberg - wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.

2. Sobald ein Entwurf für die Änderung des Flächennutzungsplanes vorliegt, wird dieser dem Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung, HuFA und Rat vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

**6 Bebauungsplan Nr. 118 - Nahversorgung Frelenberg -
hier: Aufstellungsbeschluss**

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 118 – Nahversorgung Frelenberg - wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.
2. Sobald ein Entwurf für einen Bebauungsplan vorliegt, wird dieser dem Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung, HuFA und Rat vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

**7 Bebauungsplan Nr. 122 - Mariental - gem. § 13 b BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss**

Die **Stadtverordneten Böven** und **Dr. Derichs** erklärten sich für befangen und nahmen für diesen Tagesordnungspunkt im Zuschauerraum Platz.

Die **CDU-Fraktion** begrüßte das Baugebiet Mariental.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie aufgrund der Größe des Baugebietes nicht zustimmen werde. Sie hob die ihrer Meinung nach einzigartige ökologische Qualität der Fläche hervor und teilte mit, dass sie bei den künftigen Verfahrensschritten nur ihre Zustimmung geben werde, wenn die planerischen Wünsche und Gestaltungsideen der Fraktion berücksichtigt würden.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärte, dass sie an dieser Stelle kein Baugebiet möchte und daher dagegen stimmen werde.

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 122 – Mariental – gem. § 13 b BauGB wird mit einem verkleinerten Geltungsbereich gegenüber der ursprünglichen Planung gefasst.

2. Sobald ein Entwurf für einen Bebauungsplan vorliegt, wird dieser dem Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vorgelegt und im Anschluss die Beteiligung von Behörden und Öffentlichkeit durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1: 17 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

Zu 2: Einstimmig.

**8 Bebauungsplan Nr. 127 - Otto-von-Hubach-Straße - gem. § 13 b BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss**

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 127 -Otto-von-Hubach-Straße- für den im Übersichtsplan vom 05.09.2019 dargestellten Geltungsbereich gefasst wird.

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 127 – Otto-von-Hubach-Straße – gem. § 13 b BauGB wird gefasst.
2. Sobald ein Entwurf für einen Bebauungsplan vorliegt, wird dieser dem Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vorgelegt und im Anschluss die Beteiligung von Behörden und Öffentlichkeit durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

**9 Bebauungsplan Nr. 130 - Breiller Höhe - gem. § 13 b BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss**

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 130 – Breiller Höhe – gem. § 13 b BauGB wird gefasst.
2. Sobald ein Entwurf für einen Bebauungsplan vorliegt, wird dieser dem Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung, HuFA und Rat vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

Da der von der Verwaltung geladene Gast, Herr Prof. Dr. Thomas, zu Tagesordnungspunkt 10 noch nicht anwesend war, schlug **Bürgermeister Jungnitsch** vor, den Tagesordnungspunkt 11 vorzuziehen. Dagegen erhoben sich keine Einwände.

11 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.07.2019 gem. § 4 GeschO betr. dauerhafte Sicherstellung der wohnortnahen hausärztlichen Versorgung

Schriftführerin Gündling verlas den Antrag.

Die **CDU-Fraktion** erläuterte ihren Antrag und berichtete, dass zwischenzeitlich die Entwicklung der medizinischen Versorgung im Kreis Heinsberg Thema im Ausschuss für Gesundheit und Soziales gewesen sei. Daher schlage sie vor, den Beschlusstext aus dem Antrag wie folgt zu abzuschwächen:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, den Kreis Heinsberg zu bitten, die Kommunen zu unterstützen, um die Niederlassung von Hausärztinnen und Hausärzten im Kreis insbesondere dort zu fördern, wo entsprechende Niederlassungsmöglichkeiten bestehen, die Altersstruktur der Hausärzteschaft überdurchschnittlich ungünstig ist und wo Hausärztinnen und Hausärzte aus Altersgründen Praxisnachfolger suchen. Darüber hinaus wird der Kreis Heinsberg gebeten im Rahmen der Wirtschaftsförderung, Kommunen mit Blick auf die Planung / Gründung / Errichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zur Sicherstellung der hausärztlichen / allgemein fachärztlichen wohnortnahen Versorgung bei der Suche nach geeigneten Investoren zu unterstützen.“

Da alle Fraktionen dem Antrag in umformulierter Form folgen konnten, stellte **Bürgermeister Jungnitsch** diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Kreis Heinsberg zu bitten, die Kommunen zu unterstützen, um die Niederlassung von Hausärztinnen und Hausärzten im Kreis insbesondere dort zu fördern, wo entsprechende Niederlassungsmöglichkeiten bestehen, die Altersstruktur der Hausärzteschaft überdurchschnittlich ungünstig ist und wo Hausärztinnen und Hausärzte aus Altersgründen Praxisnachfolger suchen. Darüber hinaus wird der Kreis Heinsberg gebeten im Rahmen der Wirtschaftsförderung, Kommunen mit Blick auf die Planung / Gründung / Errichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zur Sicherstellung der hausärztlichen / allgemein fachärztlichen wohnortnahen Versorgung bei der Suche nach geeigneten Investoren zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

10 Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft

Bürgermeister Jungnitsch ging auf die Historie des Tagesordnungspunktes ein und begrüßte Herrn Prof. Dr. Axel Thomas, der zur Beantwortung von Rückfragen zu den Prüfungsergebnissen zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft eingeladen wurde.

Herr Prof. Dr. Thomas ging unter Bezugnahme auf seine schriftlichen Ausführungen ausführlich auf die Rückfragen der Fraktionen ein. Zusammenfassend hielt er fest,

dass aufgrund der aktuellen Situation auf dem Immobilienmarkt und den Rahmenbedingungen der Stadt Übach-Palenberg eine Gründung zum jetzigen Zeitpunkt aus seiner Sicht nicht zu empfehlen sei.

Aufgrund dieses Prüfungsergebnisses sprach sich die **CDU-Fraktion** gegen die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft aus. Diese sei zum jetzigen Zeitpunkt für die Stadt nicht wirtschaftlich realisierbar.

Dieser Auffassung schloss sich die **UWG-Fraktion** an, zumal es auch jetzt schon ohne eine solche Gesellschaft Stadtentwicklung in Übach-Palenberg gebe.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie dies anders sehe. Die Nachfrage nach Bauland und Wohnraum sei hoch, die aktuell sehr niedrigen Zinsen seien ein guter Zeitpunkt zur Aufnahme des Startkapitals. Sie könne sich gut vorstellen, dass die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft in Kooperation mit einer Bank erfolgreich gemeistert werden könnte.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** hielt fest, dass es einen Bedarf nach Wohnraum gebe. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse könne sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzen, ob die Arbeit einer Stadtentwicklungsgesellschaft erfolgsversprechender sei, als die der Verwaltung. Eine Entscheidung könne erst getroffen werden, wenn fundierte Zahlen vorlägen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft auch aus Sicht der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei. Er stellte die erbrachten Leistungen im Bereich Stadtentwicklung in den letzten Jahren heraus und betonte, dass das Ganze aufgrund der Finanzsituation der Stadt Übach-Palenberg nur stufenweise erfolgen konnte.

Die **CDU-Fraktion** beantragte einen Beschluss herbei zu führen. Sie schlug vor zu beschließen, dass eine Stadtentwicklungsgesellschaft für Übach-Palenberg nicht gegründet wird.

Bürgermeister Jungnitsch ließ hierüber abstimmen:

Beschluss:

Eine Stadtentwicklungsgesellschaft wird in der Stadt Übach-Palenberg nicht gegründet.

Abstimmungsergebnis:

**17 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Förderprogramm "Dach-, Fassaden und Vorgartenbegrünung" und "Nutzung regenerativer Energien"

Die **CDU-Fraktion** schlug vor, die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 12 und 13.1 zur Beratung und Entscheidung an den jeweiligen Fachausschuss zu verweisen.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** stimmte dem zu, erklärte jedoch im Hinblick auf Tagesordnungspunkt 13.1, dass der Antrag verlesen werden solle, da die Jugendlichen, die maßgeblich daran mitgearbeitet hätten, anwesend seien.

Dagegen erhoben sich keine Einwände.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung und Entscheidung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

13 Erweiterungen zur Tagesordnung

13.1 Antrag gem. § 4 GeschO der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 23.08.2019 betr. Attraktivitätssteigerung des Freizeitangebotes für Jugendliche und junge Erwachsene der Stadt Übach-Palenberg

Schriftführerin Gündling verlas den Antrag.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erläuterte ihren Antrag und schlug vor, diesen zur Beratung und Entscheidung an den Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales zu verweisen. Sie bat die Verwaltung, eine entsprechende Vorlage zu fertigen anhand derer eine Entscheidung getroffen werden könne.

Die **Verwaltung** nahm Stellung zu den im Antrag geäußerten Mängeln und erklärte, dass die Skaterbahn am Schulzentrum verkehrssicher sei und das Mehrgenerationenhaus neben den Angeboten in der Woche auch an verschiedenen Wochenenden geöffnet habe.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung und Entscheidung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

13.2 Antrag gem. § 4 GeschO der SPD-Fraktion vom 06.09.2019 betr. Übernahme der Schülerfahrkosten für Schülerinnen und Schüler nach § 6 SCHfkVO

Schriftführerin Gündling verlas den Antrag.

Die **SPD-Fraktion** erläuterte ihren Antrag und fasste zusammen, dass die Beschlussempfehlung der Verwaltung als Schulträger die Anwendung/Auslegung des § 6 Schülerfahrkostenverordnung in der Praxis vereinfachen solle.

Seitens der **Verwaltung** wurde dargelegt, dass Übernahme der Schülerfahrkosten gemäß Schülerfahrkostenverordnung eine Pflichtaufgabe sei. Die Übernahme der Schülerfahrkosten werde einzelfallbezogen geprüft. Wenn der Rat nun eine Regelung über die Anspruchsvoraussetzungen der Schülerfahrkostenverordnung hinaus beschließe, sei die Übernahme nach dieser Regelung als freiwillige Leistung einzuordnen. Laut Bezirksregierung sei dies entsprechend im Haushalt zu kompensieren. Wenn nun jeder Schulweg, der keine Querungshilfen in Form von Ampeln vorweise als gefährlich einzustufen sei, würden viele Kinder einen Anspruch haben und der Stadt hohe, freiwillige Kosten entstehen.

Die **SPD-Fraktion** räumte ein, dass die Formulierung „keine Querungshilfen in Form von Ampeln“ missverständlich sei und schlug stattdessen die Formulierung „keine für Grundschüler geeignete Querungshilfen“ vor. Sie stellte heraus, dass ihr insbesondere um die Schüler/innen gehe, die im letzten Schuljahr noch eine Schülerfahrkarte bekommen und aufgrund der jetzigen Prüfung eine Ablehnung erhalten hätten.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie der Beschlussempfehlung des Antrages nicht folgen könne. Die Schülerfahrkostenverordnung, die für ganz NRW gelte, gebe klare Regelungen vor und solle so auch weiterhin von der Verwaltung angewendet werden.

Seitens der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** wurde festgehalten, dass es kritische Schulwege gebe und diese einzelfallbezogen geprüft werden müssten. Eine generelle Übernahme der Schülerfahrkosten könne sie nicht zustimmen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass eine Pauschalisierung nicht möglich sei. Er sicherte jedoch zu, für den von SPD-Fraktion nunmehr angesprochenen Kreis von Schülern eine erneute Überprüfung der Schulwege durchzuführen und dies bei einer Behandlung des Antrages im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales vorzustellen.

Dagegen erhoben sich keine Einwände.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung und Entscheidung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

13.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2019 gem. § 4 GeschO betr. Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Folgende Änderungen betr. die Besetzung der Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg werden beschlossen:

1. Neue Stellvertreterin für den sachkundigen Einwohner Sebastian Schröter im Ausschuss für Bauen, Sicherheit und Ordnung ist Monika Lux (vorher Oliver Stoffels).
2. Neue Stellvertreterin für den sachkundigen Bürger Ralf Gottschlich im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales ist Sibille Breiler (bisher Cordula Storms).
3. Neuer Stellvertreter für die sachkundige Bürgerin Monika Lux im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales ist Michael Ziege (bisher Alina Quintana Schmidt).
4. Neuer sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales ist Josef Switalla (vorher Oliver Stoffels).
5. Stellvertreter für den sachkundigen Einwohner Josef Switalla im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales ist Justin Günther.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(Bürgermeister Jungnitsch stimmte gemäß § 40 Abs. 2 Satz 6 GO NRW nicht mit.)

14 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Seitens der **Verwaltung** mitgeteilt, dass aktuell die Fördermöglichkeiten für den P&R Parkplatz am Bahnhof hinsichtlich Fahrradboxen geprüft werden.

Weiterhin informierte sie über den Sachstand zur Erneuerung der Homepage der Stadt Übach-Palenberg. Anfang Oktober sei mit dem ersten Entwurf zu rechnen. Zu gegebener Zeit werde die neue Homepage dem Rat präsentiert.

Abschließend nahm die **Verwaltung** Bezug auf den Presseartikel „Lindenschule bekommt neuen Schulhof“ vom 18.09.2019 in der Geilenkirchener Zeitung und stellte richtig, dass auch bei anderen Grundschulen im Stadtgebiet Umbauarbeiten geplant seien. Diese seien jedoch nicht im gleichen Ausmaß, wie an der Lindenschule in Bosheln.

15 Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Die Sitzungsunterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** berichtete die **Verwaltung**, dass sie seit geraumer Zeit mit dem Billardverein BC Phoenix in Kontakt stehe. Im Rahmen der Raumprogramm und Raumanalyse der Schulgebäude der Stadt Übach-Palenberg durch Herrn Krämer-Mandau sei festgestellt worden, dass die KGS Übach im Hinblick auf die Räumlichkeiten der OGS einen weiteren Bedarf habe. Diesen wolle die Verwaltung mit den an der Schule vorhandenen Kapazitäten (Räume, die aktuell noch durch Vereine genutzt werden) decken. In der Vereinbarung der Stadt Übach-Palenberg mit dem Billardverein über die Raumnutzung gebe es auch einen entsprechenden Passus in dem hinterlegt sei, dass schulische Notwendigkeiten denen des Vereins vorgehen. Die Verwaltung habe das Gespräch mit dem Verein gesucht und der Vorsitzenden einen Alternativraum im Vereinsheim Marienberg angeboten. Dieser werde am kommenden Donnerstag gemeinsam besichtigt. Es handele sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung und sei daher nicht im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales thematisiert worden.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 20.30 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine zehnminütige Pause an.

Jungnitsch
Bürgermeister

Gündling
Schriftführerin